

Bund rechnet mit 2,5 Milliarden Euro mehr aus der Lkw-Maut

Das Bundesverkehrsministerium hat ein neues Wegekostengutachten für die Jahre bis 2022 zur Berechnung der Lkw-Maut erstellen lassen. Es prognostiziert Einnahmen in Höhe von durchschnittlich 7,2 Milliarden Euro im Jahr. Das sind jährlich durchschnittlich 2,5 Milliarden Euro mehr als bislang.

Das Geld soll für Investitionen in die Straßeninfrastruktur zur Verfügung stehen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Ausweitung der Maut auf alle Bundesstraßen ab Juli. Geplant ist außerdem, Elektro-Lastwagen ab Januar 2019 von der Lkw-Maut zu befreien.

Nach EU-Recht müssen sich die Gebühren an den Baukosten und den Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des betreffenden Straßennetzes orientieren. Durch so genannte Wegekostengutachten werden diese Kosten in regelmäßigen Abständen ermittelt. Neben der Berechnung der Infrastrukturkosten werden die externen Kosten aus Luftverschmutzung und Lärmbelastung ermittelt und ein einheitlicher kalkulatorischer Zinssatz festgelegt. (ampnet/jri)

